

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1983)
Heft: 4: "Die Anti AKW Bewegung"

Artikel: Nationalrats-Kommission zu Kaiseraugst : Bedarf : 18 gegen 13
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586576>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

werden sollte: «Der administrative Aufwand wäre bei Annahme der Initiative sehr bedeutend. Der Personalstopp müsste zwangsläufig durchbrochen werden», so Peter Knüsel, der Präsident der ständerätlichen Kommission schon im Eintretensvotum. Julius Binder sah eine «Bundes-Elektrizitäts-Bürokratie» kommen. Und zum Lieblingsthema des Freisinns – mehr Freiheit – weniger Staat – ergriff sein Aargauer Kollege Hans Letsch das Wort: «Was wir brauchen, sind weder die Aufblähung der Bürokratie noch neue Steuern noch staatliche Bevormundung und Bewirtschaftung, geschweige denn ein Verbot für Kernkraftwerke, sondern Energiebewusstsein jedes einzelnen. Dieses erzwingen wir nicht mit neuen Vorschriften.

So wurden, administrativ-autoritär, Reizwörter plaziert – Eigentumsrechte, Handels- und Gewerbefreiheit, Marktwirtschaft, Bürokratie, Personalstopp –, die mit der Sache nichts, mit der Konservierung von Denkschablonen aber viel zu tun haben. Und es fragt sich sehr, ob die dreizehn älteren Ständeherrn, die die Gegenpositionen markierten und 128 Verwaltungsratsmandate mit einem kumulierten Aktienkapital von mehr als zwei Milliarden Franken vertreten, wirklich imstande sind, der Wirtschaft die nötigen Kreativitäts- und Fantasieimpulse zu geben, damit die Schweiz nicht tiefer in die Krise schliddert.

Mitten im Religionskrieg

Angst davor, dass man dereinst abgedankt haben könnte, musste aber auch im Spiel gewesen sein. Anders sind die disqualifizierenden Äusserungen gegen die Initianten und die 250 000 Bürgerinnen und Bürger, die die beiden Initiati-

«Noch einmal: der Wahnsinn des Ganzen spricht die einzelnen Wahnsinnstaten frei und verkehrt Verbrechen gegen die Menschheit in ein rationales Unternehmen.»
Herbert Marcuse

ven unterzeichnet haben, nicht zu verstehen. Das eigene Weltbild musste hinter Schutzwällen und tiefen Burggräben versichert werden. Zu diesem Zweck griff man ins Arsenal paranoider Vorstellungen:

Der Tessiner Luigi Generali glaubte zu entdecken, dass mit diesen Initiativen versucht wird, «die derzeitige Aktualität der Energiepolitik auszunutzen, um grundlegende Änderungen an unserem herkömmlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vorzunehmen». Er sprach von «bewusster Irreführung» im Titel der Initiative «Für eine Zukunft ohne wei-

Alle Zitate aus: «Der eindimensionale Mensch.»

tere Atomkraftwerke». «Mit dieser Formulierung wird dem Stimmbürger vorgegaukelt, die bestehenden Kernkraftwerke würden durch die Initiative nicht berührt... Aus den Unterlagen der Initianten geht hervor, dass mit dieser Formulierung ein zu grosser Schockeffekt bei der Bevölkerung vermieden werden soll.» Peter Hefti stand «unter dem Ein-

«Die Welt tendiert dazu, zum Stoff totaler Verwaltung zu werden, die sogar die Verwalter verschlingt.» Herbert Marcuse

druck, dass diese beiden Initiativen gegen den Wohlstand in der Schweiz gerichtet sind, dass man hier auf dem Umweg über die Energiepolitik gesell-

schaftsverändernde und vor allem die sozialen Einrichtungen gefährdende Mittel sieht, um in unserem Land schwierige Zustände zu schaffen.» Und so weiter, und so fort. Für einmal in richtiger Erkenntnis stellte der Freiburger Pierre Dreyer: «Wir befinden uns mitten im Religionskrieg.»

Die zweieinhalbstündigen Reden zur Abfertigung der beiden Initiativen im Schnellzugstempo schloss das Votum von Herrn Bundesrat Schlumpf: «Die Diskussion hier im Rat hat jedenfalls das gebracht, was Frau Bühler in der Kommission in hohem Masse vermisste. Ich danke...» Es wurde zuviel gesprochen und zu den Anliegen der Initianten praktisch nichts gesagt. Lydia Trüb

NATIONALRATS-KOMMISSION ZU KAISERAUGST: BEDARF: 18 GEGEN 13

Im November beriet die Nationalratskommission über die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst. Während kurz vor den Schlussberatungen über die Haltung der CVP eine gewisse Unsicherheit herrschte, waren die Positionen nach Bekanntgabe des Resultates eindeutig: 18 bejahten den Bedarf, 13 verneinten ihn. Die Schlussberatungen dieser Kommission wurden in der ganzen Presse ausführlich kommentiert. Im folgenden einige Auszüge aus verschiedenen Kommentaren.

Ein Entscheid für das AKW Kaiseraugst oder für Kaiseraugst AG? fragte Urs Paul Engeler in der «**Berner Zeitung**», und bedauerte in seinem Kommentar, dass «keine Kreativität mehr in das Entwickeln einer neuen Energiepolitik, in das Aufzeigen von Alternativen investiert werden sollte.»

«Handfeste finanzielle Gründe» sprechen, so die «**Berner Zeitung**», für einen Verzicht: «Der Strom aus den Schweizer Atomkraftwerken Leibstadt und Kaiseraugst wird wesentlich teurer zu stehen kommen, als Frankreich ihn der Schweiz ... anbieten kann. Man kann also füglich am tatsächlichen Interesse der Kaiseraugst AG zweifeln, dieses umstrittene Werk gegen den Widerstand einer ganzen Region zu bauen. An den Entschädigungen für einen Verzicht dürfte sie allerdings lebhaft interessiert sein.»

Keine Denkpause

Dass eine Neuorientierung innerhalb der Kommission ausgeblieben ist, bedauert auch Roger Blum in seinem Kommentar

im «**Tages-Anzeiger**»: «Hat sie auch politisch alle Möglichkeiten ausgeschöpft? Leider nein. Sie folgte den vom Bundesrat geschaffenen Sachzwängen und bejahte die Rahmenbewilligung für «Kaiseraugst». Sie verwarf Anträge, eine Denkpause einzuschalten, neue energiepolitische Perspektiven zu formulieren oder mit der Kaiseraugst AG ernsthaft über einen Verzicht auf das Werk zu verhandeln. Dabei wäre eine Neuorientierung gerade wegen der verfuhrwerkten Energiepolitik nötig gewesen.»

Es wäre an der Kommission gewesen, so Blum, dem ungehinderten Energieausbau Halt zu gebieten, sich auf Energiekonzepte zu besinnen, die eine andere Marschroute weisen würden. Vor allem aber: «Ein Verzicht wäre zwar eine finanzielle Belastung für den Bund, aber immer noch leichter zu verkraften als eine staatspolitische Zerreihsprobe.» Roger Blum begrüsst es, dass das Volk mit der Abstimmung über die Atominitiative seine Stimme zu Kaiseraugst abgeben kann: «Sagt es ja, so ist «Kaiseraugst» erledigt, sagt es nein, so darf «Kaiseraugst» gebaut werden, muss aber nicht. Diesen

Entscheid fällt hinterher der Nationalrat. Da es nicht der alte, sondern der neue, stärker grüne sein wird, bleibt die Hoffnung, dass doch noch Wege der Vermittlung und neue Perspektive aufgezeigt werden.»

Der Verantwortung bewusst geworden?

Zu ganz anderen Schlussfolgerungen hingegen kommt das «**Badener Tagblatt**», Sprachrohr der Atomwirtschaft: «Die Mehrheit der Kommission ist sich gestern – vielleicht gestärkt durch den Ausgang der Nationalratswahlen – offensichtlich der Verantwortung für eine gesicherte Energieversorgung auch der kommenden Generation bewusst geworden.» Diese Aussage ist ebenso absurd wie falsch: Denn der neue Nationalrat ist, wie der «Tages-Anzeiger» richtig ausführte, grüner, als der alte und «grün» heisst: gegen Atomenergie. Also kann dieser Entscheid, der von der Kommission noch in der alten Formation gefällt wurde, keineswegs als durch die Wahlen beeinflusst beurteilt werden, ganz im Gegenteil. Das «Badener Tagblatt» kann auch ein zweites Spiel nicht unterlassen: «Der Bedarf für ein weiteres Kernkraftwerk ist indessen nach Ansicht des Bundesrates und der eindrucklichen Mehrheit des Ständerates... auch bei einer rigorosen Ausschöpfung des Sparpotentials im Bereich der Elektrizität in den neunziger Jahren gegeben, und zwar nicht nur wegen der im Vergleich zur gesamten Schweiz überdurchschnittlichen Verbrauchszunahme in der Region Basel...» Diese Geschichte hat man schon oft gehört, und die Wiederholung macht sie nicht wahrer. Aber das «Badener Tagblatt» bemüht sich in der Frage um Atomenergie nicht so sehr um Widergabe von Tatsachen als um die Diffamierung der Atomenergie-Gegner.

Licht am Ende des Tunnels?

Diese Frage stellte sich Theo Kunz im «**Aargauer Tagblatt**». Und er beantwortete sie sogleich: «Ganz und gar nicht. Es sind nach wie vor unwägbare Faktoren vorhanden, die es verbieten, an einen nun voraussehbaren und folgerichtigen Gang der Dinge – mit anderen Worten: an den ungehinderten Bau des Kraftwerkes – zu glauben.» Ja, es gibt halt immer noch Leute, die den Bau nicht als «folgerichtigen Gang der Dinge» sehen...

Ein Hindernis wird die Abstimmung über die Atom-Initiative sein: «Sie dürfte zur energiepolitischen entscheidenen

Weichenstellung in diesem Land werden und deshalb auch eine «Schlacht» entfesseln, vor der es einem jetzt schon grausen kann.» Fragt sich, wer wem das Grausen beibringen will. Beim «Aargauer Tagblatt» liegt die Vermutung nahe, dass es sich vor den AKW-Gegnern graust. Aber die Abstimmung über die Initiative ist nicht die letzte Hürde, auch wenn sie zu einem Plebiszit über Kaiseraugst wird: «...eine Ablehnung der Initiative bedeutet noch nicht, dass dann die Kaiseraugst-Gegner klein beigegeben werden – sie werden bestimmt auch ein solches Resultat nach ihrem Gutdünken interpretieren.»

Hintertürchen

Die Frage ««Atom-Initiative» – Plebiszit gegen Kaiseraugst» beschäftigte auch Walter Schäfer in der «**Basler Zeitung**».

«Ein Hintertürchen, sich elegant aus der endgültigen Verantwortung zu schleichen, hat die Kommission trotz allem gefunden: Sie beantragt, das «Geschäft Kaiseraugst» im Ratsplenum erst zu behandeln, wenn das Schweizer Volk über die Atom- und Energie-Initiative entschieden hat. Im Falle eine Annahme wäre das geplante AKW vor den Toren Basels bekanntlich endgültig vom Tisch.

So wird nun die Abstimmung zum eigentlichen Kaiseraugst-Plebiszit mit allen emotionalen Konsequenzen. Zwar ist die Klugheit dieser Verquickung von grundsätzlicher Fragestellung und konkretem Projekt «Kaiseraugst» können sich die Befürworter im Parlament dann nämlich ausschweigen, dafür lassen sich die Ziele der beiden Initiativen politisch umso besser mit allen Mitteln in der Öffentlichkeit bekämpfen.»

Und während das «**Badener Tagblatt**» den Entscheid der Kommission als ein Zeichen des Verantwortungsbewusstseins der Politiker herausstreicht, bedauert Walter Schäfer gerade den Mangel an Verantwortungsbewusstsein: «...sollte die Mehrheit der Stimmbürger wider Erwarten doch für eine Annahme der Volksbegehren entscheiden, sind unsere Parlamentsvertreter im Umgang mit den Mächtigen der Energiewirtschaft bestens aus dem Schneider. Ein Nein zur Atom-Initiative liesse sich dann aber ebenso bequem auch als «Ja zu Kaiseraugst» interpretieren. So einfach ist das. Manchmal fällt es schwer, politische Berichterstattung zu betreiben, ohne dabei den Glauben an das Verantwortungsbewusstsein derer zu verlieren, die diese Politik machen.»

Deutliches Signal

Einen wiederum anderen Stellenwert räumt Jörg Kiefer in der «**Solothurner Zeitung**» dem Kaiseraugst-Ja der Kommissions-Mehrheit ein: «Mit der Bejahung des Bedarfs nach einem weiteren Kernkraftwerk und der Befürwortung der Rahmenbewilligung hat aber die Nationalratskommission einen Teil der Ungewissheit beseitigt. Sie hat entsprechend dem Gewicht der in ihr vertretenen politischen Parteien entschieden – und im Plenum selber haben sich mit der Neuwahl die Gewichte, entgegen anderen Annahmen, stärker zugunsten jener verschoben, die heute für Kaiseraugst einstehen. Der Entscheid bedeutet überdies, dass weder die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung in Frage gestellt noch der ökologisch aussichtsreichste Weg zur Erdölsubstitution verbaut werden soll. Und weil zudem im Fall von Kaiseraugst ein Ja zur Kernenergie mit der Volksabstimmung gegen den Willen einer regionalen Minderheit durchgesetzt werden muss, braucht es dazu ein deutliches Signal aus dem Parlament. Die Beschlüsse der Nationalratskommission gehen in diese Richtung.»

Von staatspolitischen Bedenken, ob es wirklich die geeignetste Lösung ist, gegen eine ganze Region dieses AKW durchzusetzen, scheint man in der «Solothurner Zeitung» noch nichts gespürt zu haben.

Erfreulich

«Erfreulich ist die staatspolitische Weichenstellung», meint Erich Tenger im «**Bund**»: «Nicht Regionalinteressen sollen über die Verwirklichung von nationalen Werken entscheiden, sondern die Gesamtinteressen, wobei sorgfältig zu wägen gilt. Das aber scheint getan worden zu sein.» Als Positivum wird im «Bund» vermerkt, dass es die beiden Initiativen gibt: «Am positivsten beim Entscheid der vorberatenden Nationalratskommission zum geplanten Kernkraftwerk Kaiseraugst ist die Tatsache zu bewerten, dass nun in dieser gesamtschweizerischen überaus wichtigen Frage das Volk zuerst zum Zug kommen soll, und dass es die volle Handlungsfreiheit für einen eigenen Entscheid hat. Und das ist – das muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden – der Verdienst der schon reichlich intensiv verketzerten Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke». Ohne diese Initiative würde nun der Nationalrat gemäss dem Antrag seiner Kommission und im Nachgang zum Ständerat, der sowohl die Bedarfsfrage bejaht wie die Rahmenbewilligung gutgeheissen hat, selbstherrlich entscheiden...»